

Autor: Matthias Krupa
Seite: 26 bis 26
Quellrubrik: Wirtschaft

Jahrgang: 2015
Nummer: 41

"Sie überschätzen mein Talent"

Wie Jean-Claude Juncker versucht, den Folgen der LuxLeaks-Affäre zu entkommen

Irgendwann in den nächsten Wochen wird Margrethe Vestager in Brüssel vor die Presse treten. Wann genau, das gehört zu den am besten gehüteten Geheimnissen im Europaviertel. Auch die Journalisten werden von dem Termin erst ein paar Stunden vorher erfahren. Denn die Entscheidung, die die mächtige Wettbewerbskommissarin dann im Untergeschoss der EU-Kommission verkünden wird, ist heikler als fast alle Entscheidungen, die Brüsseler Wettbewerbshüter in den vergangenen Jahrzehnten getroffen haben.

Nicht nur im Firmensitz des amerikanischen Online-Versandhändlers Amazon im fernen Seattle werden die Folgen zu spüren sein und in der Londoner Saint James Street, wo der Autohersteller Fiat Chrysler seit Neuestem sein Hauptquartier aufgeschlagen hat. Vestagers Entscheidung wird vor allem einen Mann in Schwierigkeiten bringen, dessen Büro im selben Gebäude nur ein paar Stockwerke höher liegt: EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Denn Vestager muss entscheiden, ob Luxemburg, das Land, das Juncker fast zwei Jahrzehnte lang regiert hat, sich freiwillig zum Handlanger internationaler Großkonzerne gemacht und dabei in mindestens zwei Fällen gegen das europäische Wettbewerbsrecht verstoßen hat.

Juncker ermittelt gegen Juncker, die Kommission gegen den eigenen Kommissionschef - das ist eine der Konsequenzen aus der LuxLeaks-Affäre. Vor bald einem Jahr, am 6. November 2014, hatte eine Reihe internationaler Medien, unter ihnen der WDR, der NDR und die *Süddeutsche Zeitung*, ausführlich über fragwürdige Steuerpraktiken im Großherzogtum

Luxemburg berichtet. Die Journalisten hatten dafür fast 28 000 Seiten vertraulicher Dokumente ausgewertet, darunter Hunderte von Steuervorbescheiden ("Tax-Rulings"), die ein früherer Mitarbeiter des Beratungsunternehmens PricewaterhouseCoopers entwendet und ihnen übergeben hatte.

Die Unterlagen gaben einen bis dahin einzigartigen Einblick in Absprachen, die die Luxemburger Steuerverwaltung zwischen 2002 und 2010 mit vielen multinationalen Großunternehmen getroffen hatte. Unter Fachleuten sind diese Absprachen seit Langem umstritten. Nun konnte man im Detail nachlesen, wie etwa Amazon, Ikea oder die Deutsche Bank ihre Steuerlast mit großzügiger Unterstützung der Luxemburger Behörden "optimiert" haben. Die Folge: Unternehmen, die in Europa Hunderte Millionen Euro verdienen, zahlen auf diese Gewinne zum Teil fast überhaupt keine Steuern mehr.

Für Jean-Claude Juncker kamen die Veröffentlichungen zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Der Luxemburger war erst ein paar Tage zuvor an die Spitze der EU-Kommission getreten. Ein neuer Anfang sollte das werden - für ihn selbst, nachdem er in Luxemburg abgewählt worden war. Und für die Europäische Union, die noch immer unter den Folgen der Finanz- und Euro-Krise leidet. "Wir sind die Kommission der letzten Chance", so hatte Juncker es am Tag zuvor formuliert. Mit LuxLeaks stand er plötzlich selbst am Pranger.

"Es gibt kein System Juncker", sagt Juncker

Seitdem ist Jean-Claude Juncker auf der Flucht. Er flieht vor unliebsamen Fragen und vor allem, was den Verdacht erhitzen könnte, dass ausgerechnet er, der vorbildliche Europäer, lange Zeit gar nicht so vorbildliche Geschäfte zulasten anderer Europäer in seinem Land gefördert haben könnte.

"Mir geht es nicht darum, Juncker zu überführen", sagt **Michael Theurer**. "Aber was ich ihm nicht abnehme, ist, dass er

nichts gewusst haben will." **Theurer** ist Europaabgeordneter der FDP und seit Februar Berichterstatter in einem Sonderausschuss, den das Europaparlament nach den LuxLeaks-Veröffentlichungen eingerichtet hatte. Acht Monate lang haben die Abgeordneten versucht, Licht in das Dunkel von Steuerabsprachen und Tax-Rulings zu bringen. Sie haben Tausende von Dokumenten gesichtet, Experten befragt, sie sind nach Luxemburg gereist, in die Niederlande, nach Irland und nach Großbritannien. Sie haben dabei ein ziemlich scharfes Bild davon gewonnen, wie die Firmen, die Steuern vermeiden wollen, agieren. "Ich habe aus dem Wirtschaftsstudium gewusst, dass es Steuerplanung gibt", sagt **Theurer**. "Aber diese Dimension sprengt jeden Rahmen."

Nur eine Frage haben die Abgeordneten bislang nicht beantworten können: Wer trägt die Verantwortung dafür? Vor drei Wochen ist Jean-Claude Juncker endlich vor dem Parlamentsausschuss erschienen. Auf dem Weg in den Saal klatscht er einen der Fotografen ab; vorn angekommen, küsst er den Vorsitzenden des Ausschusses, einen Franzosen. Das Herzen und Winken hat Methode, Juncker hat in Brüssel viele Freunde.

Als er das Wort bekommt, sagt Juncker, er entdeckte "diese Steuerfragen nicht zum ersten Mal". Und überhaupt, schnappt er in Richtung der Abgeordneten, sei er wahrscheinlich "einer der wenigen, die hier sitzen, die sich nie mit einer Beratungsgesellschaft getroffen haben". Ein bizarrer, hochmütiger Auftritt. Den früheren AfD-Vorsitzenden Bernd Lucke, der eine Frage stellt, bespöttelt Juncker als "Professor"; den Grünen-Abgeordneten Sven Giegold spricht er ironisch mit "Herr Sven" an. Als Giegold einmal nachfasst, weil ihm Junckers Antwort nicht ausreicht, herrscht dieser ihn an: "Sie sind nicht zuständig zu entscheiden, wer im Namen der Kommission antwortet."

"Unverschäm't sei Junckers Auftritt gewesen, findet der Liberale **Theurer**. Auch Giegold wundert sich noch Tage später.

Statt die erwartbaren Fragen an sich abprallen zu lassen, hat Juncker seinen Kritikern neue Vorlagen geliefert. Entschieden weist der 60-Jährige den Vorwurf zurück, er selbst könnte von umstrittenen Tax-Rulings gewusst haben: "Ich habe in Luxemburg kein System zur Steuervermeidung zulasten anderer Länder erfunden. Sie überschätzen mein Talent." Schon im vergangenen November, nach den ersten Veröffentlichungen, hatte er betont, dass die Luxemburger Steuerbehörden in eigener Verantwortung entschieden hätten: "Es gibt kein System Juncker." Tatsächlich gibt es bis heute keinen Hinweis dafür, dass Juncker selbst einzelnen Unternehmen Steuernachlässe in Aussicht gestellt hat. Aber so klein, wie er sich nun macht, ist er in all den Jahren nie gewesen.

1989 wurde Juncker zum ersten Mal Finanzminister, von 1995 bis 2013 war er Regierungschef, fast zwei Jahrzehnte lang. Es sind die Jahre, in denen aus dem ehemaligen Stahlrevier endgültig ein Umschlagplatz der internationalen Finanzwelt geworden ist. Juncker legt Wert darauf, dass Steuerabsprachen per se nicht illegal sind und auch in anderen Ländern der EU praktiziert werden. Das stimmt, aber kaum ein anderes Land ist so weit gegangen wie seines. "Luxemburg ist der Inbegriff der Steueroase, die in sämtlichen Stadien der internationalen Vermögensverwaltung präsent ist und von allen anderen Finanzplätzen genutzt wird", schreibt der französische Wirtschaftswissenschaftler Gabriel Zucman in seinem Buch *Steueroasen*. Dafür habe das Land seine Souveränität vermarktet: Es "verkaufte multinationalen Konzernen der ganzen Welt das Recht, selbst über ihre Steuersätze, gesetzlichen Auflagen und rechtlichen Verpflichtungen zu bestimmen". Ein Geschäftsmodell zulasten Dritter, denn die Steuern, die Amazon, Ikea & Co. in Luxemburg erlassen werden, zahlen sie auch in keinem anderen Land der Europäischen Union.

Doch Juncker will von diesen Methoden nichts gewusst haben. Er sei "kein Freund des Großkapitals", sagt er. Die Diskussion um LuxLeaks erschüttert nicht nur den Mythos des großen Europäers Juncker, sondern auch das Bild des Christsozialen, der für die kleinen Leute ficht. Aus dieser Erschütterung rührt die Dünnhäutigkeit, mit der Juncker auf die Veröffentlichungen reagiert.

Allerdings, in das Bild des Ahnungslosen will nicht so recht passen, dass er als junger Regierungschef bereits 1997 einen Bericht zur Steuerhinterziehung im Groß-

herzogtum in Auftrag gegeben hatte. Noch weniger passt, dass der Autor, der damalige Abgeordnete Jeannot Krecké, vor der Veröffentlichung des Reports eine Seite entfernt hat. Es ist ausgerechnet die Seite, die sich mit den umstrittenen Tax-Rulings befasst.

Als ihn der linke Abgeordnete Fabio de Masi darauf anspricht, entgegnet Juncker, er habe damals von dieser Seite nichts gewusst. Ausdrücklich erwähnt er, dass er noch am Vortag mit Krecké telefoniert habe. Dieser hatte allerdings schon vorher berichtet, er habe Juncker bei der Übergabe seines Reports 1997 sehr wohl auch über die fehlende Seite informiert. Bei dieser Aussage bleibt er, auch nach Junckers Auftritt im Ausschuss. Für ein paar Tage steht damit der Verdacht im Raum, der Kommissionspräsident könnte das Parlament belogen haben. Schließlich muss Juncker seine Aussage korrigieren. Am 29. September schreibt er an Fabio de Masi: Er könne sich zwar nicht "an diesbezügliche Vorgänge aus dem Jahr 1997" erinnern. Aber: "Dass Sie angesichts der Zeitabläufe Zweifel haben konnten an meiner Darlegung, kann ich objektiv und retroaktiv nachvollziehen. Dafür, dass dieser falsche Eindruck entstehen konnte, habe ich mich zu entschuldigen." Auch die inkriminierte Seite, die unauffindbar war, wird nun veröffentlicht. Präzise beschreibt Krecké darin die Praxis des Tax-Rulings und warnt vor dem "negativen Effekt". Den zuständigen Minister, also Juncker, fordert er auf, "derartige Absprachen" etwas näher zu verfolgen". Erst begegnet Juncker Abgeordneten mit Hochmut, dann "präzisiert" er seine Aussagen, um sich schließlich kleinlaut zu entschuldigen: Hätte sich ein nationaler Regierungschef so verhalten, stünde die Forderung nach seinem Rücktritt längst im Raum.

Doch Juncker kann sich darauf verlassen, dass ihn die Mehrheit der Abgeordneten im Europaparlament fast bedingungslos unterstützt. Juncker ist ihr Präsident, sie haben ihn nach der Europawahl im vergangenen Jahr an die Kommissionsspitze gehievt, gegen den Willen einiger Regierungschefs, unter ihnen Angela Merkel. Nun sind sie befangen in ihrem eigenen Erfolg.

Als Grüne und Linke einen echten Untersuchungsausschuss zu LuxLeaks forderten, haben Christ- und Sozialdemokraten das verhindert. Vor allem Martin Schulz hat alle Hebel in Bewegung gesetzt, um größeres Unheil von Juncker abzuhalten. Der Parlamentspräsident und der Kom-

missionschef sehen sich als Tandem an der Spitze einer unausgesprochenen großen Koalition in Brüssel. Der Sonderausschuss verfügt nur über sehr begrenzte Rechte. Bis heute müssen **Theurer**, Giegold und de Masi zäh um jedes Dokument und jede Auskunft ringen. Gäste können, müssen aber nicht erscheinen. Von 18 Unternehmen, die die Abgeordneten eingeladen haben, sind überhaupt nur vier Vertreter in Brüssel erschienen. Bezeichnend ist das Verhalten von Ikea: Statt den Abgeordneten im Ausschuss Rede und Antwort zu stehen, hat der schwedische Möbelkonzern selbst zu einem unverbindlichen Mittagessen eingeladen - Parlamentspflege nach Lobbyistenart.

Werden die Steuervorteile einkassiert, profitiert ausgerechnet Luxemburg

Auch die Kommission hält bis heute wichtige Unterlagen zurück. Schon 1997 haben die EU-Finanzminister einen (unverbindlichen) Verhaltenskodex vereinbart, um zu verhindern, dass die Mitgliedsstaaten untereinander unfairen Steuerwettbewerb betreiben. Ein eigenes Gremium trifft sich regelmäßig, um diesen Kodex zu überwachen. Aus den Protokollen dieser Sitzungen, hoffen Giegold und **Theurer**, müssten sich Verantwortlichkeiten rekonstruieren lassen. Doch die Kommission hat die Herausgabe lange Zeit gerade deshalb verweigert: Die Protokolle enthielten vertrauliche Informationen der Mitgliedsstaaten. Anfang dieser Woche hat die Kommission angeboten, dass ausgewählte Mitglieder des Ausschusses die Protokolle, mehrere Hundert Seiten, für vier Stunden in einem sicheren Leseraum einsehen können. Sie dürfen sich keine Notizen machen und die Informationen auch nicht an Dritte weitergeben. Ein "schlechter Scherz" sei das, sagt Sven Giegold. In seinem Brief an Fabio de Masi hatte Juncker noch versichert, er werde "alles in meiner Macht Stehende tun, damit Sie so schnell wie möglich Zugang zu den von Ihnen gewünschten Dokumenten erhalten".

So geht es mal einen Schritt vor und dann wieder zwei Schritte zurück. Von einer "großen Koalition der Vertuscher" spricht **Michael Theurer**. Und doch können die Abgeordneten in diesen Tagen einen ersten kleinen Erfolg verbuchen. Am Dienstag verständigten sich die Finanzminister der EU darauf, Informationen über Tax-Rulings künftig automatisch untereinander auszutauschen. Auch diese Regelung hat noch Lücken, aber ohne LuxLeaks und den Druck der Abge-

ordneten wäre sie wahrscheinlich gar nicht zustande gekommen.

Nun richten sich alle Augen auf Margrethe Vestager. Ihr Vorgänger, der Spanier Joaquín Almunia, hatte lange gezögert, Steuerabsprachen mit den Mitteln des Wettbewerbsrechts zu bekämpfen. Schließlich eröffnete er im vergangenen Jahr vier Verfahren, zwei davon gelten Luxemburg. In dem einen Fall geht es um die Höhe einer Lizenzabgabe, mit deren Hilfe Amazon seine zu versteuernden Gewinne in Luxemburg jedes Jahr kleingerechnet hat. Der andere Fall betrifft ein Tochterunternehmen des Fiat-Konzerns. Auch Vestager betont, dass die Möglichkeiten des Wettbewerbsrechts, unfaire Steuerabsprachen zu bekämpfen, begrenzt sind. In jedem einzelnen Fall muss sie nachweisen, dass die Tax-Rulings eine verbotene staatliche Beihilfe bedeuten, durch die den Unternehmen ein unzulässiger Vorteil gegenüber Konkurrenten entstanden ist. Gelingt ihr das, müssten Amazon und Fiat den Vorteil, den sie zu Unrecht in Anspruch genommen haben, an die Luxemburger Steuer-

behörden zurückzahlen. Eine paradoxe Situation: Ausgerechnet das Land, das geholfen hat, den Wettbewerb zu verzerren, würde finanziell von dem Urteil der Wettbewerbschützer profitieren.

Anders sähe indes die politische Bilanz aus. Jean-Claude Juncker hat immer wieder unterstrichen, dass seine Wettbewerbskommissarin frei ermittelt, auch "gegen das Land, das ich am besten kenne". Nach allem, was man in Brüssel hört, hat er sich an diese Zusage gehalten. Käme Vestager tatsächlich zu dem Ergebnis, dass in beiden Luxemburger Fällen gegen das europäische Wettbewerbsrecht verstoßen wurde, wäre eine Verteidigungslinie Junckers erschüttert: Er könnte nicht länger behaupten, dass Tax-Rulings an sich legal seien.

Und dann? Die Frage, ob er in einem solchen Fall auch persönliche Konsequenzen ziehen müsste, hat Juncker schon vor geraumer Zeit mit einer Gegenfrage beantwortet: "Ist jemals ein Regierungsmitglied zurückgetreten, weil Europa Beihilfen für unzulässig erklärt hat?" Auch in diesem Fall beanspruche er für sich

selbst, "dass meine Glaubwürdigkeit nicht beschädigt ist". Die Schatten werden länger, aber Junckers Flucht ist noch nicht vorbei.

VON MATTHIAS KRUPA

"Ich habe in Luxemburg kein System zur Steuervermeidung zulasten anderer Länder erfunden" (Jean-Claude Juncker 17. September 2015)

"Ich antworte nicht auf widerliche Fragen. Das waren keine Fragen, das waren Attacken. Jede Frage ein Angriff" (Jean-Claude Juncker 28. November 2014)

"Ich weiß, Erinnerungslücken sind oft ein bequemes Ausweichmanöver. Den Vorwurf, dem Ausschuss des Europäischen Parlaments bewusst die Unwahrheit gesagt zu haben, weise ich jedoch zurück" (Jean-Claude Juncker 29. September 2015)

Abbildung: Große Koalition: Parlamentschef Schulz schützt Kommissionschef Juncker
Fotonachweis: Illustration: Karsten Petrat für DIE ZEIT
Kategorien: Finanzen, Zentralbank